

Berlin, Donnerstag,

den 23. October 1879.

Berliner Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zwölfmal.

Abonnements-Preis:
vierteljährlich für Berlin 7 M. 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:
die dreigespaltene Zeile 40 Pf.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Für die Monate **November** und **December** eröffnen wir ein **besonderes Abonnement**. Auswärts werden die Bestellungen zum Preise von 6 Mark bei allen Postanstalten, in Berlin zum Preise von 6 Mark bei allen Stadt-Postanstalten, und zum Preise von 5 Mark bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren, sowie in unserer Expedition, Kronenstrasse No. 37, entgegengenommen.

Telegraphische Depeschen.

Görlitz, 23. October. (C. T. C.) Bei der heute hier stattgehabten anderweiten Wahl eines Landtags-Abgeordneten an Stelle des Staatsministers a. D. Dr. Falk erhielt der Geh. Regierungsrath Sattig (altliberal) 301, der Gegenkandidat desselben, Lüders (nationalliberal) 217 Stimmen. Der Erstere ist sonach gewählt.

Wien, 23. October. (C. T. C.) Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn betragen in der Zeit vom 11. bis zum 20. October 295,204 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mindereinnahme von 56,594 fl.

Bukarest, 22. October, Abends. (C. T. C.) Senat. Der Bericht über den von der Deputiertenkammer angenommenen Revisionsentwurf constatirt, dass der Entwurf von allen Sectionen des Senates, mit Ausnahme einer, angenommen worden ist. Von letzterer war ein Amendement beantragt worden, nach welchem die individuelle Indignitätsgesuche von der Kammer mit einer Zweidrittel-Majorität votirt werden sollten. Das Amendement wurde abgelehnt. Der Bericht beantragt sodann die Zustimmung des Senates zu dem vorliegenden Entwurf. Der Metropolit eröffnete die Discussion, indem er nachzuweisen suchte, dass Europa in Bezug auf die Verfolgung der Juden in Rumänien irreführt worden sei, und sprach schliesslich die Hoffnung aus, dass der Senat der vorliegenden Frage eine weise Lösung geben werde. Der ehemalige Minister Stratt hielt die Votirung des Entwurfs für zweckmässig, verzichtete, um die Lösung nicht zu verzögern, auf die Einbringung von Amendements und hob hervor, die Opposition bewiese durch ihre Haltung, dass ihr Widerstand gegen die ursprüngliche Regierungsvorlage keine Campaigne gegen das Ministerium gewesen sei. Gregor Sturdza, der Sohn des ehemaligen Fürsten der Moldau, welcher das Mandat als Senator ausschliesslich wegen der Judenfrage angenommen und die Opposition seit dem Beginn der Session geleitet hatte, versichtete auf das Wort. Die Abstimmung über den Entwurf findet voraussichtlich morgen statt.

Konstantinopel, 23. October. (C. T. C.) Wie verlautet, hätte Midhat Pascha in Folge des Cabinetswechsels seine Entlassung als Generalgouverneur gegeben. — Der Englische Botschafter Layard soll gegen die Veräusserung der Zolleinnahmen zum Nachtheile der durch letztere garantierten früheren Anlehen Protest erhoben haben.

Berlin, den 23. October.

— Seit heute betrachtet man es als feststehend, dass der Kaiser von Russland auf der Durchreise nach Cannes definitiv Berlin berühren wird, wenigstens soll heute die erste officielle Mittheilung in dieser Beziehung hierher gelangt sein. Man legt hier dieser Sache eine so grosse Wichtigkeit bei, dass man sogar wissen wollte, es werde auf den speciellen Wunsch unseres Kaisers zur selben Zeit der Reichskanzler Fürst Bismarck hier anwesend sein.

— In unserer letzten Morgennummer brachten wir in einem Telegramm des H. T. B. eine Mittheilung aus der „Köln. Ztg.“ bezüglich der neuesten Phase der Deutschen Politik. Heute

liegt uns der ganze Artikel, der dem grossen Kölner Blatt von hier telegraphirt worden ist, vor und wir versäumen nicht, ihn nachfolgend wiederzugeben, da er in der That sehr interessante und allen Anschein nach auch richtige Aufschlüsse über das Deutsch-Oesterreichische Bündniss enthält. Der Artikel ist vom gestrigen Tage datirt und lautet wie folgt: So eben fuhr Kaiser Wilhelm im offenen Wagen und dem Anscheine nach wohl und munter vom Potsdamer Bahnhofe zum Palais. Das Volk jubelte ihm zu und hatte zu diesem Jubel mehr Veranlassung, als es vielleicht wusste. Der Kaiser hat auch diesmal seine eigenen Empfindungen bei Seite gesetzt und ist dem strengen Gebote der Pflicht gefolgt, indem er nach schwerem Kampfe der vom Reichskanzler in Wien inaugurierten Politik seine Zustimmung und Unterschrift erteilt hat. Von dem Tage an, wo Fürst Bismarck nach Berlin zurückkehrte, bis zu seiner Abreise nach Varzin, hat unser Staatsleben eine der schwersten Krisen durchgemacht. In der ersten Sitzung des Staatsministeriums, wo angeblich von der Reform unserer Verwaltung die Rede gewesen sein sollte, wurde über ganz andere Dinge verhandelt; der Reichskanzler und Ministerpräsident hielt einen tiefdurchdachten Vortrag über die Lage Deutschlands und Europas und über die inneren und äusseren Gefahren, denen es vorzubeugen und nöthigenfalls entgegenzutreten gilt. Diejenigen, die diesen Vortrag anhöreten, wurden davon sehr ergriffen und versichern, wenn der Fürst öffentlich so gesprochen hätte, würde ganz Deutschland ihm zugejubelt haben. Mit dem vielbesprochenen Verträge zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verliert es sich folgendermassen: Nachdem Bismarck und Andrassy sich vollständig geeinigt hatten, wurde in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph über diese Vereinbarung ein Protokoll aufgenommen und von diesem Protokolle wurden zwei Exemplare ausgefertigt, jedes dazu bestimmt, von einem der beiden Kaiser unterschrieben zu werden. Das gesammte Preussische Staatsministerium wurde vom Fürsten Bismarck von der Nothwendigkeit jenes hochwichtigen politischen Schrittes überzeugt und machte gemeinschaftliche Sache mit ihm. Graf Stolberg reiste nach Baden-Baden, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen. Für den Fall der Nichtgenehmigung lag das Entlassungs-Gesuch des Reichskanzlers im Cabinet des Kaisers. Man kann sich denken, dass der Kaiser, der stets durch die innigste Freundschaft mit dem Russischen Hofe verbunden war, sich nur sehr schwer entschloss, ein Abkommen zu genehmigen, das zwar nur friedliche Zwecke verfolgte, aber doch möglicherweise uns in einen Kampf mit Russland verwickeln könnte. Dem Grafen Stolberg gelang es bei seiner achtzägigen Anwesenheit, die Bedenken des Kaisers zu überwinden. Se. Majestät hat seine Zustimmung und Unterschrift erteilt. Ob dies ganz in der ursprünglich beabsichtigten Weise geschehen ist oder ob, um die Gefühle des Kaisers zu schonen, irgend eine Aenderung beliebt ist, lassen wir dahingestellt. Genug, es handelte sich hierbei um eine blosser Förmlichkeit, auf die nur diejenigen Gewicht legen können, die den ganzen Zusammenhang nicht kennen. Allein wichtig ist, dass Kaiser Wilhelm eben so wie Kaiser Franz Joseph seine Zustimmung und Unterschrift erteilt hat, und zwar, wenn wir recht unterrichtet sind, am 15. d. M. Die übrigen Mitglieder der Kaiserlichen Familie sind mit den Wiener Abmachungen und der Politik des Reichskanzlers vollkommen einverstanden.

— Dem Landtage soll ausser dem Behördenorganisationsgesetz und dem neuen Kompetenzgesetz auch eine Novelle zur Kreisordnung von 1872 vorgelegt werden.

— Seit einigen Tagen berathschlagt in Wien die officielle Oesterreichisch-Ungarische Zoll- und Handels-Conferenz über die Gestaltung, welche der Oesterreichischen Handelspolitik vom 1. Januar 1880 an, zumal gegenüber Deutschland, gegeben werden soll. Wie man der „D. Z.“ mittheilt, beschäftigt sich die Konferenz in der Hauptsache mit zwei Angelegenheiten, die untereinander in unverkennbarer Wechselbeziehung

stehen. Denn die eine betrifft die Frage, ob der bisher geltende Meistbegünstigungs-Vertrag mit Deutschland verlängert werden soll, falls bis Ende dieses Jahres ein neuer Zollvertrag nicht abgeschlossen wäre; die andere dagegen geht davon aus, dass es zu einer solchen Prolongation nicht kommen werde, weil schon früher ein Zollvertrag zum Abschluss gebracht sein werde. Man ist daher in der Zollconferenz gezwungen, gleichzeitig für zwei einander fast ausschliessende Eventualitäten Vorkehrungen zu treffen, d. h. Instruktionen zu entwerfen. Man hegt aber, wie versichert wird, im Schoosse der Konferenz selbst die Anschauung, dass es zur zweiten Eventualität, nämlich zum Abschlusse eines Tarif-Vertrages, kaum kommen werde, und dass auch die erste Eventualität, die Prolongation des Vertrages vom 16. December 1878, wohl erst im Drange der Zeit, etwa gegen Weihnachten, beschlossen werden dürfte, falls bis dahin erste Unterhandlungen über eine Grenzverkehrs- und Eisenbahntarif-Convention im Zuge sein sollten, welche ja doch das Einzige zu sein scheint, worauf man von Berlin aus einzugehen geneigt wäre. Freilich dürfte es, bemerkt die „D. Z.“, schwierig für unsere hiesige Konferenz sein, in Bezug auf eine solche Convention Vorbereitungen zu treffen, da man hierfür wohl in erster Linie Vorschläge aus Berlin erwarten sollte. In Berlin aber herrscht in handels- und verkehrspolitischen Dingen eine Taktik des Verschiebens und Hinhaltens, wie man denn noch immer nicht von dort aus nach Wien die Einladung zur Entsendung von Delegirten oder Commissären gerichtet hat. Sollte diese längst erwartete, ja von hier aus geradezu provocirte Einladung endlich doch erfolgen, so dünten unsere Oesterreichischen und Ungarischen Commissäre zwar ungesäumt nach der Deutschen Hauptstadt reisen, aber aller Wahrscheinlichkeit nach dort die Deutschen Vorschläge zunächst ad referendum nehmen und nach Wien zu einer zweiten Session der Oesterreichisch-Ungarischen Zoll-Conferenz zurückkehren.

— In einem Artikel über die Erwartungen, welche gegenwärtig an die Wirthschaftsreform geknüpft werden, schreibt die „Prov.-Corr.“: „Ohne Widerspruch darf der Ausfall der Wahlen dahin gedeutet werden, dass die Mehrzahl der Preussischen Wähler ihr Vertrauen zu dem begonnenen Werke und ihren Wunsch nach Vollendung desselben in dem Sinne, in welchem es begonnen worden, bekundet hat. Weil demnach das Vertrauen, welches die Mehrzahl des Preussischen Volkes der Regierung bei dem unternehmenen Werke gewährt, bisher nicht hat geschüttelt werden können, wird Seitens der Gegner ein neues, sehr auffälliges Mittel versucht, der Regierung die ihr zugewandte Gesinnung der Wähler sobald als möglich zu entfremden. Man sagt den Wählern, sie hätten von der Regierung die Anwartschaft auf einen unmittelbar bevorstehenden Aufschwung aller Verhältnisse erhalten; um dieser Anwartschaft willen hätten sie regierungsfreundliche Abgeordnete vorgezogen. An den Wählern sei es nunmehr, zuzusehen, wie sie das ihnen Versprochene erhielten, und wenn die Versprechungen sich nicht bewahrheiteten, demnach wieder zu den Gegnern der Regierung zurückzukehren.“ Es werden nun zwei liberale Zeitungsstimmen als Beleg hierfür angeführt, woran die „Provincial-Corresp.“ folgende Betrachtung knüpft: In gewissen Kreisen scheint man beharrlich in dem Streben, die öffentliche Meinung dadurch zu erbittern, dass man ihr einredet, sie habe ungemessene Versprechungen empfangen. Die Regierung steht diesem Bestreben mit Bedauern, aber ohne Besorgniss gegenüber. Sie vertraut auf eine vielbewährte Eigenschaft des Deutschen Volkscharakters. Unser Volk weiss, dass grosse Verbesserungen und wahre Fortschritte sich langsam vollziehen und langsam die belohnenden Früchte zeitigen. Das Deutsche und insbesondere das Preussische Volk hat die grössten Proben abgelegt von unerschütterlicher Standhaftigkeit in dem Beharren auf dem als heilsam erkannten Wege, von thätiger Geduld unter schweren Verhängnissen bei langsam auftauchendem Hoffnungsschimmer. Das Deutsche Volk ist weniger wie ein anderes der Lockung zugänglich: „Von